



„Wenn nur Profite zählen, bleiben Menschen und Umwelt auf der Strecke“



Die Proteste gegen die Auswirkungen von Umweltzerstörung und die Verschwendung von Ressourcen auf Umwelt, Klima und Gesellschaft haben am 28. Mai auch den Landtag erreicht. Eine Gruppe junger Menschen protestierte lautstark gegen die Untätigkeit der Landesregierung.

Auch im Landtag wurde über die Anliegen der Aktivistinnen und Aktivisten von „Fridays For Future“ beraten, die sich dafür einsetzen, der Frage des Klimaschutzes höchste Priorität einzuräumen und den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich zu verringern. Grüne und KPÖ brachten dazu einen Antrag ein, der aber an der Ablehnung von SPÖ, ÖVP und FPÖ scheiterte.

Um wirksame Maßnahmen zu setzen, sollte das Land Gesetze künftig auf ökologische, soziale

und ökonomische Nachhaltigkeit überprüfen und Regelungen so anpassen, dass sie die Ursachen der Klimakrise und deren Folgen abschwächen. Besonders in den Bereichen der Raumordnung, Raumplanung, Verkehrsplanung gibt es viele Möglichkeiten. SPÖ und ÖVP wollten sich diesen Forderungen nicht anschließen und beschlossen stattdessen den zahnlosen Antrag, einen Unterausschuss einzurichten.

Dass sich der „Fridays For Future“-Bewegung inzwischen so viele Menschen angeschlossen haben, zeigt, dass es viele – nicht nur – junge Menschen nicht mehr hinnehmen, um ihre Zukunft betrogen zu werden. „Der Klimawandel richtet sich nicht nach dem Tempo politischer Entscheidungsfindungen in Parlamenten und Regierungen.

Er hat inzwischen eine Dynamik erreicht, die jedes weitere Zuwarten bestrafen wird“, betonte die KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Auch wenn es viele gerne ausblenden: Die Klimakrise hat mit dem Kapitalismus zu tun. Der Freihandel und die zunehmende Militarisierung sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems:

- ★ Ungehemmte Produktion von Wegwerfwaren und Überproduktion zerstören die Umwelt.
- ★ Produktionsstätten werden in Billiglohnländer verlagert, um die Profite zu erhöhen.
- ★ Die globale Konkurrenzfähigkeit wird vorgeschoben, um auf Kosten von Menschen und Umwelt immer zerstörerische Formen der Produktion durchzusetzen.

KOMMENTAR



Claudia Klimt-Weithaler
Klubobfrau der KPÖ
im Landtag Steiermark

„Warum sollen wir für eine Zukunft lernen, die bald nicht mehr existieren wird, wenn niemand etwas tut, um sie zu retten?“. Mit diesen Worten geben hunderte junge Menschen ihrer Sorge um die Zukunft Ausdruck. Auch in Österreich haben Zehntausende an Aktionen teilgenommen.

Viele fürchten um den Planeten, wenn es nicht zu einer Richtungsänderung kommt. Es geht nicht nur um eine Erwärmung, sondern auch um die Verschwendung von Rohstoffen. Lebensmittel und Alltagsgegenstände, die dreimal um den Globus geschickt werden, bevor sie bei den Konsumentinnen und Konsumenten ankommen, zerstören Umwelt und Arbeitsplätze. Nur wenige profitieren von diesem entfesselten Kapitalismus.

Es gibt keine Zeit mehr zu verlieren. Trotzdem wird den Interessen von Konzernen und Lobbys Vorrang gegeben, die ihren Profit mit der rücksichtslosen Verschwendung von Ressourcen und der weltweiten Ausbeutung von Menschen machen. Wenn nur die Profite zählen, werden Menschen und Umwelt auf der Strecke bleiben.

Claudia Klimt-Weithaler

AKTION

**KPÖ kämpft
gegen
Kinderarmut**

LANDTAG

**Droht bald
Engpass bei
Fernwärme?**

Gesundheit: Nach KPÖ-Kritik kündigt LR Drexler Verbesserungen an

Ein Neustart der Diskussion ist nötig, damit das Vertrauen der Bevölkerung wieder hergestellt werden kann!

Viel zu wenig Kassenordinationen, Schließungen von Abteilungen und ganzen Krankenhäusern, kein Bereitschaftsdienst mehr zwischen 24 und 7 Uhr, tagelange Wartezeiten auf die Totenbeschau, riesige Sprengel mit enormen Anfahrtszeiten für Ärztinnen und Ärzte, die für über 60.000 Menschen zuständig sind – und massive Engpässe beim neuen Gesundheitstelefon 1450: Die Gesundheitsversorgung in der Steiermark steckt in einer Krise. Darüber wurde im Landtag auf Antrag der KPÖ darüber diskutiert.

Besonders deutlich wurden die Schwierigkeiten beim Gesundheitstelefon 1450, das am 1. April 2019 in Betrieb genommen wurde. Patientinnen und Patienten klagen über sehr lange Wartezeiten. Landesrat Christopher Drexler wies in seinem Schlusswort darauf hin, dass Vertragspartner in der Gesundheitsversorgung sich in mehreren Fällen nicht an Vereinbarungen halten würden.

Drexler kündigte mehrere Schritte an, mit denen er auf die Probleme reagieren möchte:

Die Evaluierung des neuen Bereitschaftsdienstes soll nicht erst nach drei Jahren, sondern begleitend erfolgen.



Einer der übergroßen Sprengel beim Bereitschaftsdienst soll verkleinert werden.

Künftig gibt es beim Gesundheitstelefon zwei Softwarelizenzen mehr, damit sieben MitarbeiterInnen gleichzeitig Anrufe entgegennehmen können.

Gesundheitslandesrat Drexler gestand Probleme ein und kündigte Verbesserungen an, will aber nicht von den Grundsätzen seiner Gesundheitspolitik abweichen. KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**:

„Es ist positiv, dass Landesrat Drexler die Probleme nicht wegleugnet und kleine Verbesserungen ankündigt. Die zunehmenden Probleme in der medizinischen Versorgung werden dadurch aber nicht gelöst. Die entscheidende Frage, wie künftig wieder ausreichend medizinisches Personal zur Verfügung stehen soll, bleibt ausgeklammert. Die Reform muss von Grund auf neu gestartet werden und die Bevölkerung einbeziehen, sonst geht das Vertrauen in das Gesundheitssystem verloren.“

Liezen: Abfuhr für Gesundheitspolitik

67,27 Prozent der Liezener Bevölkerung haben sich am 7. April gegen den Kahlschlag in der Gesundheitsversorgung ausgesprochen und der Vorgangsweise der Landesregierung eine deutliche Abfuhr erteilt.

Bei einer für eine Volksbefragung eindrucksvollen Wahlbeteiligung von 42,2 Prozent hat die Bevölkerung klargestellt: Die Krankenhäuser in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming müssen erhalten bleiben!

„Es war kein guter Stil von Gesundheits-

landesrat Drexler, bereits vor der Volksbefragung zu erklären, er werde das Ergebnis ignorieren, wenn es ihm nicht passt. Die Menschen wollen nicht überfahren, sondern einbezogen werden. Das Ergebnis ist von allen anzuerkennen und muss auch praktische Konsequenzen haben“, betonen die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg.

Die steirische KPÖ, die Volksbefragung mitinitiiert hat, sprach allen Menschen, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben, ihren Dank aus und gratulierte der Bürgerinitiative B.I.S.S. sowie allen anderen, die sich für die Spitäler engagiert haben. Bemerkenswert ist, dass die ÖVP im Bezirk Liezen bei der letzten Landtagswahl 12161 Stimmen erreichen konnte, während die Zahl der Ja-Stimmen zum Leitspital heute nur knapp über 8500 betrug.



Landesrat Drexler hat dennoch die Weichen für die Schließung der Spitäler gestellt und arbeitet weiter an der Umsetzung des Leitspitals in Liezen. Dieses wird nur zu 50 Prozent von der landeseigenen KAGES betrieben, die andere Hälfte von einem privaten Betreiber. Die KPÖ warnt davon, die medizinische Grundversorgung aus der öffentlichen Hand zu geben und so einen Schritt in Richtung Privatisierung zu unternehmen. „Gesundheit ist eine öffentliche Verantwortung, das steht für uns fest“, betont Klimt-Weithaler.

EURATOM: Millionenförderungen für Atomstrom

Die KPÖ ist für einen Austritt Österreichs aus dem EU-Atomprogramm EURATOM. Darin verpflichtet sich die Republik, die Atomenergiewirtschaft mit Steuergeld zu unterstützen – es geht jährlich um einen zweistelligen Millionenbetrag.

Obwohl ein einseitiger Austritt Österreichs möglich wäre, haben sämtliche Bundesregierungen seit dem Beitritt zur EU an der Mitgliedschaft festgehalten. Im Landtag



stimmten zuletzt SPÖ und ÖVP gegen einen Austritt.

Im EURATOM-Vertrag wird die Atomenergie als „eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft“ bezeichnet, die „auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand ... beiträgt“. Die EU-Umweltpolitik darf aufgrund des Vertrages nicht regulierend in Fragen der Kernenergie eingreifen. Das europäische Parlament hat keine Mitentscheidungsmöglichkeit bei der Finanzierung von Atomkraftwerken durch die EURATOM-Milliardenkredite. Auch die Instrumente der euro-paweiten Bürgerbeteiligung gel-

ten nicht für Akte im Rahmen des EURATOM-Vertrags.

KPÖ-Landtagsabgeordnete **Claudia Klimt-Weithaler**: „Der EURATOM-Vertrag ist ein Relikt aus den 50er-Jahren. Die Lehren aus Tschernobyl und Fukushima finden sich darin nicht. Es ist völlig unverständlich, dass Österreich jährlich Millionen in EURATOM einzahlt. Das Geld wäre bei der Förderung von erneuerbaren Energien sinnvoller investiert!“

Es gibt längst umweltfreundliche Alternativen zur Atomkraft, die billiger und sicherer sind. Als „unentbehrlich“ kann die Atomkraft längst nicht mehr gelten.

EHRlich GESAGT



Werner Murgg

Landtagsabgeordneter der KPÖ Steiermark

Raumordnungsgesetz nur dem Namen nach

Aus den Reihen der SPÖ hört man, dass die Landesregierung noch vor dem Sommer ein neues Raumordnungsgesetz vorlegen will. Dabei ist abzusehen, dass wesentliche Fragen wie Flächenversiegelung, Klimaschutz und Zersiedelung ausgespart bleiben. Stattdessen sollen für überdimensionierte Einkaufszentren Sonderregelungen getroffen werden.

Die Einschränkung der immer stärkeren Versiegelung der Böden wäre ein Gebot der Stunde. Auch wenn es die Regierung leugnet: Statt einer vernünftigen Regelung ist der Entwurf nur eine Lex Seiersberg. Alle anderen Fragen werden ausgeklammert.

Werner Murgg

Kinder haben Recht auf Existenzsicherung



Jedes fünfte Kind in der Steiermark wächst an oder unter der Armutsgrenze auf. Das zeigt der Ende 2018 erschienene Armutsbericht des Landes. Die Fachtagung „Armut ist kein Kinderspiel“ des KPÖ-Landtagsklubs wollte sich mit den Ursachen auseinandersetzen und einen Beitrag zur Lösung dieses Missstandes leisten.

Hochkarätige Referentinnen und Referenten, unter anderem Dr.in Laura Wiesböck (Universität Wien), Mag.^a Denise Schiffrer-Barac (Jugendanwältin des

Landes Steiermark) und Dr. Peter Stoppacher (Mitverfasser des Armutsberichts des Landes Steiermark). Franz Ferner stellte das Grundsicherungsmodell für Kinder der Volkshilfe vor.

Gastgeberin KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** freute sich über großes Interesse. „Für uns ist das ein Auftrag, konkrete Vorschläge und politische Initiativen zu entwickeln, damit Kinderarmut wirkungsvoll bekämpft werden kann. Alle Kinder haben ein Recht auf eine gesicherte Existenz.“

WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

In der Steiermark gibt es kaum geeignete Wohnrichtungen für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche. Dabei wäre ein entsprechendes Angebot dringend notwendig. Unser Bundesland liegt österreichweit an letzter Stelle: Bis vor kurzem haben nur 12 Wohnplätze existiert, bis Ende 2019 sollen es – auf Initiative der KPÖ – immerhin 20 sein.

Die von ÖVP und FPÖ im Nationalrat beschlossene „Sozialhilfe neu“ wird ab 1.1.2020 die bisherige Mindestsicherung ablösen. Eine Auszahlung von **Wohnunterstützung** an Personen, welche die künftige Sozialhilfe beziehen, ist dann nicht mehr möglich. Das Land allerdings einen Aufschlag gewähren. Wie dieser genau aussieht, ist noch nicht klar. KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** hat angekündigt, darauf zu achten, dass es zu keinen Situationen kommt, bei denen Menschen ihre Wohnung verlieren. Obwohl es angeblich darum geht, Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen, treffen die Kürzungen in erster Linie Kinder und Menschen im Pensionsalter.

Was es für Lehrlinge und Schüler schon gibt, wird jetzt auch für Studierende umgesetzt: Das **Topticket**. Das Land präsentierte die ÖV-Ermäßigung im Mai und setzt damit einen Antrag der KPÖ um. Allerdings ist es mit 300 Euro pro Jahr fast dreimal so teuer wie die Jahresnetzkarte für Lehrlinge und Schüler. Jahrelang wurde die Umsetzung von SPÖ, ÖVP und FPÖ immer wieder abgelehnt. Vor allem für jene Studierenden, die täglich zur Uni pendeln, ist das neue Ticket eine Verbesserung. „Nur wenn der ÖV für alle günstiger wird, werden mehr Menschen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen“, betont Klimt-Weithaler.



Werner Murgg
Landtagsabgeordneter
der KPÖ Steiermark

Droht ab Juni 2020 Engpass bei Fernwärme?

Landesregierung bleibt seit Jahren eine Antwort schuldig, wie die Versorgung in Zukunft garantiert werden kann.

Bleibt das Land untätig, droht nicht nur ein Engpass bei der Fernwärme, sondern auch eine starke Erhöhung des Energiepreises spätestens nach der Landtagswahl. Es muss zu einer Einigung mit dem Verbund kommen, damit die Haushalte auch nach Mai 2020 mit umweltfreundlicher Fernwärme zu sozial verträglichen Preisen versorgt werden können.

Der Verbund liefert derzeit mehr als ein Drittel des Gesamtverbrauches im Großraum

Graz (derzeit rund 530 MW). An Spitzentagen kann der Verbrauch noch weiter ansteigen. Zusätzlich speisen die Kraftwerke in der Puchstraße „alt“ und „neu“, Sappi und die Marienhütte Fernwärme ins Netz ein, dazu kommen mehrere kleinere Erzeuger. Eine der Anlagen in der Puchstraße dient jedoch lediglich der Spitzenabdeckung, der Dauerbetrieb ist ökologisch und wirtschaftlich unsinnig.

„Tatsache ist, dass es keine über den Mai 2020 hinausgehende Vereinbarung mit dem Verbund gibt. Die alternativen Versorger haben bei weitem nicht die Kapazitäten, um den Bedarf zu decken. Eine Steigerung der

Produktion in der Puchstraße würde wesentlich mehr Schadstoffe und Feinstaub produzieren“, betont der KPÖ-Landtagsabgeordnete Werner Murgg.

Beim von der Landesregierung bevorzugten, in der Planung allerdings bereits stark verkleinerten Projekt „Big Solar“ – nun insolvent – würde der Fernwärmepreis deutlich steigen.

Unklar ist außerdem, wer den Preis für die nötigen Grundstücke übernimmt. Die KPÖ drängt auf eine Einigung der Energie Steiermark, die zu 75 Prozent dem Land Steiermark gehört, mit dem Verbund einen neuen Vertrag auszuhandeln.

Ende Mai 2020 endet der Vertrag zwischen Verbund und Energie Steiermark über die Fernwärmelieferung aus dem Kraftwerk Mellach. Die

Wohin geht die Landwirtschaft?



Auf Einladung von AKPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** diskutierten am 26. April der Biohühnerbauer **Peter Kerschbaumer**, der steirische Bauernbund-Präsident **Franz Titschenbacher** und die obersteirische Obstbäuerin **Katharina Varadi-Dianat** über die Entwicklung der Landwirtschaft in der Steiermark.

In der Steiermark konnte das Bauernsterben relativ gering gehalten werden. Ohne Förderung und unbezahlte Arbeit innerhalb

der Familie wäre aber für viele ein Überleben unmöglich. Wenn Fläche gefördert wird, führt das zu einem Strukturwandel hin zu größeren Betrieben. Die Steiermark hat noch viele kleine bäuerliche Betriebe, aber langfristig werden auch bei uns immer weniger Betriebe immer größere Flächen bewirtschaften.

„Es ist Aufgabe der Politik, dass die Betriebe leben können und die Menschen sich die Produkte leisten können“, betonte die KPÖ-Abgeordnete.



*Die KPÖ wünscht einen schönen Sommer.
Bitte unterstützen Sie uns auch
bei der Nationalratswahl!*



Steirischer KPÖ-Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl im Herbst ist **Robert Krotzer**, Grazer Stadtrat für Gesundheit und Pflege. „Mir geht es nicht um einen Posten in Wien. Die steirische KPÖ macht in Zeiten der politischen Skandale den Wählern ein Angebot für eine saubere und uneigennützig Politik“, betont Rober Krotzer

Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

